

PRESSEMITTEILUNG

VKU-Umfrage: 82 Prozent der Deutschen zweifeln an sozial gerechter Wärmewende, VKU macht Reformvorschläge

Berlin, 25.11.2025

Bis 2045 will Deutschland klimaneutral mit Fernwärme, Wärmepumpe oder grünen Gasen heizen. Doch 82 Prozent der Deutschen trauen der Politik nicht zu, den Umstieg auf klimaneutrales Heizen sozial gerecht zu gestalten. Das geht aus einer repräsentativen civey-Umfrage unter 5.000 Bürgerinnen und Bürgern im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) hervor, die zum Start der HEATEXPO 2025 in Dortmund veröffentlicht. VKU-Chef Ingbert Liebing fordert die Politik zum Handeln auf: *„Die Zweifel der Deutschen sind ein Weckruf an die Politik. Die Wärmewende braucht Akzeptanz. Das setzt voraus, dass die Wärmewende für alle machbar ist – auch finanziell. Deswegen brauchen wir Reformen bei der Wärmewende.“*

Bürger votieren für weniger Bürokratie, verlässliche Vorgaben und Realismus

Auf die Frage, was die Politik bei der Wärmewende besser machen können, antwortet fast die Hälfte der Befragten mit weniger Bürokratie bei der Umsetzung (48 Prozent). 43 Prozent der Befragten setzen auf klare und verlässliche Vorgaben, 40 Prozent sind für realistischere Ziele und Fristen. Das deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen einer VKU-Umfrage unter 609 Stadtwerken. Nur 5 Prozent der Bürger sehen keinen Änderungsbedarf bei der Wärmewende.

„Die Bürger haben ein feines Gespür für den Reformbedarf bei der Wärmewende. Wir appellieren an die Bundesregierung, einen Winter der Entscheidungen einzuläuten.“

Als erstes brauchen wir Eckpunkte für eine Reform des Heizungsgesetz, das der Vielfalt der Heiz-Optionen Rechnung trägt und pragmatischer als bisher ist.

Zweitens sollte die Bundesregierung das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vorlegen, das den Ausbau der Fernwärme unterstützt. Das kommt den Fernwärmekunden zugute und ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll: Denn die über das KWKG geförderten, hocheffiziente KWK-Anlagen sichern nicht nur den Fernwärmehochlauf ab, sondern auch die Stromversorgung.

Invalidenstraße 91

10115 Berlin
www.vku.de

Geschäftsführerin Abteilung Kommunikation und Public Affairs
Christine Schulze-Grotkopp
Fon +49 30 58580-225
Mobil +49 170 8580-221
schulze-grotkopp@vku.de

Leiter Presse/ Pressesprecher:
Stefan Luig
Fon +49 30 58580-226
Mobil +49 170 8580-226
luig@vku.de

Pressesprecherin: Anna Theresa Kammer
Fon +49 30 58580-225
Mobil +49 170 8580-225
kammer@vku.de

Drittens brauchen wir das Fernwärmepaket aus AVB FernwärmeV und Wärmelieferverordnung: Letztere sollte den klugen Kompromiss einer gedeckelten Mieterhöhung von 50 Cent pro qm und Monat bei der Wärmepumpe auch auf die Fernwärme ausweiten. So kann die Bundesregierung verhindern, dass Mieter entweder unnötig lange in Gas und Öl gefangen und stetig steigenden Preisen ausgeliefert sind oder auch in jenen Gebieten zur Wärmepumpe gedrängt werden, in denen Fernwärme wirtschaftlich sinnvoller wäre“, so Liebing.

82 Prozent zweifeln an sozial gerechter Wärmewende – VKU mit Vorschlägen

Klimaneutrales Heizen ist mehr als jedem dritten Bundesbürger eher wichtig (14 Prozent) bzw. sehr wichtig (21 Prozent). Doch dreiviertel der Deutschen (75 Prozent) sind nicht bereit, für klimaneutrales Heizen mehr zu bezahlen. Tatsächlich wird jedoch der steigende Co2-Preis auch das Heizen mit Öl und Gas verteuern. 82 Prozent der Deutschen trauen der Politik nicht zu, den Umstieg auf klimaneutrales Heizen sozial gerecht zu gestalten – also ohne finanzielle Überforderung einzelner Gruppen. Tatsächlich geht auch mehr als die Hälfte der Stadtwerke (51 Prozent) laut VKU-Mitgliederbefragung davon aus, dass eine bezahlbare Wärmeversorgung für Wirtschaft und Bürger unter den geltenden Bedingungen langfristig nicht gesichert ist.

Liebing: „Die Bundesregierung sollte die Sorgen mit Blick auf die Bezahlbarkeit ernst nehmen und bei der Wärmewende mehr auf Kosteneffizienz achten und strukturelle Reformen anschieben. Damit die Wärmewende für alle bezahlbar bleibt, gibt es kein Allheilmittel, sondern nur eine Mixtur an verschiedenen Maßnahmen.“

Bezahlbare Wärmewende – VKU macht Reformvorschläge

Neben alternativen Finanzierungsformen und mehr, jedoch effizienter eingesetzter Fördermittel schlägt der VKU ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor. *„Die Energiepreise sind zu hoch. Bisher entlastet die Bundesregierung vor allem die Industrie. Unsere Vorschläge zielen darauf ab, auch finanzschwache Haushalte wie Mieter und die mittelständische Wirtschaft zu entlasten“, so Liebing.*

- **Strom:** Konkret schlägt der VKU vor, **die Stromsteuer ab 2027 auf das europarechtliche Minimum für alle** zu senken und den **Bundeszuschuss**

zwischen den Übertragungsnetzen und netzbezogenen Umlagen aufzuteilen. So würden Mittelstand und alle Regionen entlastet. Richtig sind auch die Arbeiten der BNetzA an einer **Reform der Netzentgelte, die die Verursacher des notwendigen Netzausbaus stärker als bisher in die Pflicht nimmt**. So würden finanzschwache Haushalte, wie Mieter, und Mittelstand ohne eigene PV-Anlagen, Wallboxen etc. entlastet.

- **Fernwärme:** Je mehr Haushalte sich an Fernwärmenetze anschließen, desto günstiger wird der Ausbau der Fernwärme für alle. Die nötige Anschubfinanzierung können Fördermittel leisten, die damit die Ausbaukosten vor Ort dämpfen. Die Aufstockung von 1 Milliarde auf 1,4 Milliarden Euro für die **Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW)** für 2026 sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, nötig wären jedoch mindestens 3,5 Milliarden Euro pro Jahr.
- **Gas und grüne Gase:** Erstens sollte sich der Staat über ein **Kompensationskonto** an den Kosten beteiligen, die Netzbetreiber bei der Stilllegung von Gasnetzen haben. Müssten die Netzbetreiber die Kosten für Instandhaltung und Stilllegung der Gasnetze eins zu eins auf immer weniger Kunden umlegen, wären Mieter und weite Teile der mittelständischen Wirtschaft gekniffen. Zweitens stehen bisher nur die Pläne und Finanzierung für ein Wasserstoffkernnetz. Bei der Umrüstung des Gasverteilernetze, das den Mittelstand perspektivisch mit Wasserstoff versorgen soll, fehlt jedoch noch ein Finanzierungsmechanismus. H2-ready-Investitionen sollten als effiziente Transformationskosten im EnWG anerkannt werden und Gewinne aus dem Gasnetzgeschäft für die Weiterentwicklung zum **Wasserstoffverteilnetz** genutzt werden dürfen (Entgelt- und Transferregeln).

Hintergrund:

Weitere Vorschläge für eine kosteneffizientere Energiewende finden Sie hier:

<https://www.vku.de/vku-positionen/kommunale-energieversorgung/handlungsvorschlaege-neustart-fuer-die-energiewende-system-und-kosteneffizienz-in-den-mittelpunkt-stellen/>

A. Fragebogendesign Civey-Umfrage:

Civey hat für den VKU vom 17.11. bis 17.11.2025 online 5.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ unter Berücksichtigung des

statistischen Fehlers von 2,7 Prozentpunkten beim jeweiligen Gesamtergebnis. Weitere Informationen zur Methodik finden Sie [hier](#).

Wie wichtig ist Ihnen persönlich klimaneutrales Heizen (ohne fossile Brennstoffe wie Gas oder Öl)?

- Sehr wichtig: 21 Prozent
- Eher wichtig: 14 Prozent
- Unentschieden: 15 Prozent
- Unwichtig: 11 Prozent
- Gar nicht wichtig: 39 Prozent

Was sollte die Politik Ihrer Meinung nach in Bezug auf die Wärmewende (Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme) besser machen?

- Weniger Bürokratie bei Umsetzung: 48 Prozent
- Klare und verlässliche Vorgaben machen: 43 Prozent
- Realistischere Ziele und Fristen setzen: 40 Prozent
- Mehr finanzielle Förderung: 30 Prozent
- Besser kommunizieren: 29 Prozent
- Mehr Fachkräfte fördern / gewinnen: 23 Prozent
- Wärmewende zurückdrehen /stoppen: 28 Prozent
- Etwas anderes: 5 Prozent
- Nichts / Weiß nicht: 5 Prozent

Wären Sie bereit, für klimaneutrales Heizen (ohne fossile Brennstoffe wie Gas oder Öl), höhere Heizkosten zu zahlen?

- Ja, auf jeden Fall: 9 Prozent
- Eher ja: 10 Prozent
- Unentschieden: 6 Prozent
- Eher nein: 10 Prozent
- Nein, auf keinen Fall: 65 Prozent

Trauen Sie der Politik zu, den Umstieg auf klimaneutrales Heizen sozial gerecht (ohne finanzielle Überforderung einzelner Gruppen) zu gestalten?

- Ja, auf jeden Fall: 4 Prozent
- Eher Ja: 6 Prozent
- Unentschieden: 8 Prozent
- Eher nein: 19 Prozent

- Nein, auf keinen Fall: 63 Prozent

B. Hintergrund zur VKU-Umfrage Stadtwerke zur Wärmewende

Die Umfrage wurden vom 26. August bis zum 15. September 2025 durchgeführt. 609 Stadtwerke und kommunale Energieversorger, die Mitglied im VKU sind, wurden per Mail angeschrieben. 164 Stadtwerke und kommunale Energieversorger nahmen teil. Das entspricht einer guten Rücklaufquote von 26,9 Prozent.

Den ersten Teil der Umfrage zum Stand der Wärmeplanung und den Ergebnissen zur Frage, wie Privathaushalte künftig heizen werden finden Sie [hier](#).

Den zweiten Teil der Umfrage zur Zukunft der Gasnetze finden Sie [hier](#).

Den dritten Teil der Umfrage zur Bezahlbarkeit finden Sie [hier](#).

*Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vertritt über 1.600 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 319.000 Beschäftigten wurden 2023 Umsatzerlöse von über 213 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 19 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 66 Prozent, Gas 65 Prozent, Wärme 72 Prozent, Trinkwasser 88 Prozent, Abwasser 50 Prozent. Die kommunale Abfallwirtschaft hat seit 1990 rund 90 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart – damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau und investieren pro Jahr über 1 Milliarde Euro. [Zahlen Daten Fakten 2025](#)
Wir halten Deutschland am Laufen – denn Zukunft wird vor Ort gemacht: Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge.*

Unsere Positionen: <https://www.vku.de/vku-positionen/>